

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
(10. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Jella Teuchner, Matthias Weisheit, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/6067 –**

Vorsorgende Verbraucherpolitik gestalten und stärken

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/4284 –**

Stiftung Warentest in die Unabhängigkeit entlassen

- 3. zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/6039 –**

Verbraucherschutz auf nationaler und EU-Ebene fortentwickeln

- 4. zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Ulrich Heinrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/6053 –**

Acht Maßnahmen für eine umfassende und eigenständige Verbraucherpolitik

A. Problem

Bedingt insbesondere durch die BSE-Krise und die Maul- und Klauenseuche fordern die Antragsteller eine Verbesserung bzw. Fortentwicklung der Verbraucherpolitik, die weit über Ernährungsfragen hinausgeht. Die entsprechenden Aufgabenbereiche reichen von der Lebensmittelsicherheit und der Qualitäts-

sicherung von Produkten bis hin zu einer intensiveren Verbraucheraufklärung, was entsprechende Maßnahmen erfordert.

B. Lösung

Annahme des Antrags auf Drucksache 14/6067 und Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 14/4284, 14/6039 und 14/6053

zu 1.

Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

zu 2.

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

zu 3.

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

zu 4.

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der PDS und der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6067 sowie Annahme der Anträge auf den Drucksachen 14/4284, 14/6039 und 14/6053.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 14/6067 anzunehmen,
2. die Anträge auf den Drucksachen 14/4284, 14/6039 und 14/6053 abzulehnen.

Berlin, den 20. Juni 2001

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Jella Teuchner
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Gudrun Kopp
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jella Teuchner, Ulrike Höfken und Gudrun Kopp

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 146. Sitzung am 25. Januar 2001 den Antrag auf Drucksache 14/4284 an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen und in seiner 171. Sitzung am 18. Mai 2001 die Anträge auf den Drucksachen 14/6039, 14/6053 und 14/6067 an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss sowie die Anträge auf den Drucksachen 14/6053 und 14/6067 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur Mitberatung überwiesen.

Der federführende Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 20. Juni 2001 abschließend behandelt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

1. Drucksache 14/6067

Die Koalitionsfraktionen fordern in ihrem Antrag u. a. den Verbraucherschutz als eines der durchgängigen Leitprinzipien anzuerkennen. Er soll bei politischen, Normgebenden und verwaltenden Maßnahmen dazu beitragen, dass die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Richtschnur der Politik bei allen Entscheidungen auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler sowie internationaler Ebene werde. Verbraucherschutz sei eine Querschnittsaufgabe und damit eine Gesamtaufgabe, die alle Bereiche berühre. Ein wichtiger Schritt dazu sei u. a. die Ausbildung in den Bereichen Ernährung und Gesundheit an den Hochschulen, in der Berufsbildung und in der beruflichen Weiterbildung zu intensivieren. Darüber hinaus sei sicherzustellen, dass die in der EU geltenden Sicherheitsstandards nicht durch Importe unterlaufen werden. Zudem sei in dem sich wandelnden Gesundheits- und Pflegemarkt die Position des Patienten gegenüber Ärzten, Krankenkassen und Dienstleistern zu stärken. Ebenso sei der Schutz der Privatsphäre in den verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens sicherzustellen.

2. Drucksache 14/4284

Von der Fraktion der F.D.P. wird gefordert, die Stiftung Warentest in die Selbständigkeit zu entlassen, um die Stiftung in die Lage zu versetzen, das nötige Stiftungskapital aufzubauen und damit eigenverantwortlich umzugehen.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, die nötigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen.

3. Drucksache 14/6039

Die Fraktion der CDU/CSU fordert in ihrem Antrag die Fortentwicklung des Verbraucherschutzes auf nationaler und EU-Ebene, da dieser zwischenzeitlich eine zentrale politische Aufgabe darstelle und weit über den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hinausgehe. Die Vorgehensweise der Bundesregierung im gesamten Bereich sei „unkoordiniert“; eine Bündelung der Aufgabenbereiche und Kompetenzen in einem eigenständigen Verbraucherschutzministerium solle deshalb erfolgen.

Die Bundesregierung wird u. a. aufgefordert, jährlich einen Bericht über Situation, Bedarf und Maßnahmen im Bereich des Verbraucherschutzes vorzulegen, einen Verbraucherschutzbeirat einzurichten und sich auf EU-Ebene für die Schaffung dreier wissenschaftlicher Lenkungsausschüsse mit nationaler Spiegelung unter Beteiligung der Parlamente einzusetzen. Darüber hinaus sollen durch ein Verbraucherschutzgesetz die Verbraucherrechte gestärkt, deren internationale Durchsetzbarkeit gefördert und mehr Forschungsmittel zur Verbesserung des Verbraucherschutzes zur Verfügung gestellt werden.

4. Drucksache 14/6053

Die Fraktion der F.D.P. fordert eine bessere Aufklärung der Verbraucher durch unabhängige und wissenschaftlich gesicherte Informationen über die Produkte und deren Produktionsbedingungen sowie über Dienstleistungen. Darüber hinaus sei eine Neuorganisation der Bundesregierung und ein eigenständiger Ausschuss des Deutschen Bundestages für Verbraucherfragen notwendig. Ebenso sei es erforderlich, Mindest- und Qualitätsstandards bei Produkten, deren vollständige Kennzeichnung sowie eine Produkthaftung mit Versicherungspflicht einzuführen. Zudem sei das Produkthaftungsrecht weiterzuentwickeln und eine freiwillige Zertifizierung der Unternehmen für mehr Eigenkontrolle und eine lückenlose Qualitätssicherung bei Produkten und Dienstleistungen vorzusehen. Auch sei eine verstärkte Vermittlung von Kenntnissen über Waren in allen Bildungseinrichtungen, insbesondere in allgemein- und berufsbildenden Schulen voranzutreiben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Anträge in ihren Sitzungen am 30. Mai und 20. Juni 2001 behandelt und wie folgt votiert.

1. Drucksache 14/6067

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Vorlage anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS angenommen.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Zustimmung der Vorlage.

Der **Haushaltsausschuss** hat der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zugestimmt.

Der **Rechtsausschuss** hat der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zugestimmt.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat der Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zugestimmt.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Annahme des Antrags.

2. Drucksache 14/4284

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag ebenfalls mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

3. Drucksache 14/6039

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der

CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und PDS abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt. Die Abstimmung fand bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. statt.

4. Drucksache 14/6053

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Frak-

tion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS abgelehnt.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im 10. Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlagen in seiner 68. Sitzung am 20. Juni abschließend behandelt.

Auf die Aussprache im Plenum anlässlich der Überweisung der Vorlagen wird verwiesen.

Zu ihrem Antrag, die Stiftung Warentest in die Unabhängigkeit zu entlassen, unterstrich die **Fraktion der F.D.P.** die Bedeutung der Stiftung als allgemein anerkannte Quelle sachlicher und neutraler Verbraucherinformationen. Dieser Aufgabenstellung könne sie aber künftig nur gerecht werden, wenn sie durch eine entsprechende Aufstockung des Stiftungskapitals in die Lage versetzt werde, sich auf Dauer selbst zu finanzieren.

Von der **Fraktion der CDU/CSU** wurde die Initiative, die Stiftung-Warentest-Politik unabhängiger zu gestalten und auf eine andere finanzielle Grundlage zu stellen, unterstützt. Allerdings reiche die geforderte finanzielle Ausstattung zur Aufgabenstellung der Stiftung nicht aus.

Seitens der **Fraktion der PDS** sprach man sich dagegen aus, die Stiftung Warentest in die Unabhängigkeit zu entlassen, da dies einen Rückzug des Staates aus seiner entsprechenden Verantwortung bedeuten würde. Begrüßt wurde die Absicht der Bundesregierung, die Stiftung Warentest zu unterstützen.

Seitens der **Koalitionsfraktionen** wurde begrüßt, dass über die Bedeutung der Stiftung Warentest allgemeiner Konsens bestehe. Kritisiert wurde, dass die Fraktion der F.D.P. bisher Vorschläge zur Gegenfinanzierung ihrer Forderungen schuldig geblieben sei. Im Übrigen sei die finanzielle Ausstattung der Stiftung zurzeit besser als in der Vergangenheit. Eine weitere Aufstockung sei aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht möglich.

Die Vorlage auf Drucksache 14/6067 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen.

Der Antrag auf Drucksache 14/4284 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Der Antrag auf Drucksache 14/6039 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der Antrag auf Drucksache 14/6053 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der Fraktion der PDS und der Mehrheit der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Berlin, den 20. Juni 2001

Jella Teuchner
Berichterstatlerin

Ulrike Höfken
Berichterstatlerin

Gudrun Kopp
Berichterstatlerin

